

Bezugspreis:

Wochenschrift 10,50 RM., monatlich 3,00 RM., frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 3,50 RM., ggf. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 6,75 RM., für das übrige Ausland 10,75 RM., bei täglich einmal, Zustellung 8,75 RM. Postbestellungen nehmen an Danemark, Holland, Dänemark, Schweden u. die Schweiz. Eingetragen in die Postzeitungs-Verzeichnisse.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll u. Zeit“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die obigehaltene Anzeigenliste Seite 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Donnerstag, den 20. November 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Das belgische Wahlergebnis.

Zur Frage der Sozialistischen Einigung.

Von E. Kestricke.

Im Anschluß an Ausführungen, die ich am letzten Sonntag in einer öffentlichen, von der S. V. D. einberufenen Versammlung machte, beschäftigte sich Genosse Kuttner in Nr. 591 des „Vorwärts“ mit den von der Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie herausgegebenen, von mir in jener Versammlung vertretenen Richtlinien für ein Einigungsprogramm.

Leider sind diese Richtlinien in ihrem endgültigen Wortlaut durch die Berliner sozialistische Presse noch nicht bekanntgegeben worden. Auch der „Vorwärts“ veröffentlichte feinerzeit nur den Bericht eines Berliner Korrespondenzbüros, der eine ganz unzulängliche, unredigierte Zusammenfassung einer ursprünglichen Vorlage und einiger angenommener Abänderungsanträge enthält.

Das Einigungsprogramm, wie es die Zentralstelle vorschlägt, lehnt nicht grundsätzlich jedes Zusammenwirken mit bürgerlichen Parteien ab. Es sagt vielmehr nur:

„Koalitionen mit den bürgerlichen Parteien, die einen Verzicht auf die restlose Vertretung anerkannter sozialistischer Grundsätze bedeuten, sind zu vermeiden. Wo ein solcher Verzicht Voraussetzung für eine Beteiligung an der Regierung ist, wird die Partei des Proletariats sie daher ablehnen und sich auf eine scharfe Opposition, verbunden mit Agitation und Organisation der Massen, zu beschränken haben.“

Die bisherigen Erfahrungen drängen nun wohl den Schluß auf, daß bei einem Zusammengehen mit Demokraten und Zentrum ein Festhalten an den entscheidenden Forderungen des Erfurter Programms als Richtlinien der Politik nicht möglich ist. Aber in Anbetracht des Umstandes, daß ein Ausschleiden der Sozialdemokraten aus der Regierung allerdings zunächst in mancher Hinsicht unliebsame Folgen zeitigen würde, mag es angebracht erscheinen, noch einen letzten Versuch zu wagen. Vielleicht ließe sich darüber mit den Unabhängigen eine Verständigung herbeiführen: Es müßte ein bestimmtes Minimalprogramm fixiert werden, dessen Erfüllung einigermaßen nachholen würde, was bisher auf dem Gebiete sozialistischer Politik bei der Mitarbeit in der Regierung verfaßt wurde. Von der Möglichkeit, für dieses Minimalprogramm die Anerkennung und Mitwirkung der bürgerlichen Regierungsmitglieder zu erhalten, müßte ein weiteres Verbleiben abhängig gemacht werden.

Reichten Herzen würden es ja auch zum mindesten gewisse Teile des Zentrums und der Demokraten auf einen Bruch mit der Sozialdemokratie nicht ankommen lassen. Ihre Situation würde bei einem Zwang, mit den Deutschnationalen zusammenzugehen und so etwas wie eine Regierung zu bilden, wahrhaftig nicht beneidenswert sein. Angesichts solcher Folgen eines Bruchs würde sich in diesen Parteien vielleicht am Ende doch noch eine Mehrheit finden, die ein Sich-Beugen unter die Bedingungen der Sozialdemokratie als das kleinere Übel vorziehen würde.

Sollte der Versuch scheitern, so wäre allerdings der Verzicht der Sozialdemokratie auf die jetzige Koalition mit den bürgerlichen Parteien die notwendige Konsequenz.

Nun brauchte nicht der Ruf zu folgen: Auf die Barrikaden! Sollte die „reinbürgerliche“ Regierung ihre Stellung dadurch zu sichern suchen, daß sie der oppositionellen Sozialdemokratie die Möglichkeit einer „friedlichen“ Agitation und Opposition unter Verletzung der Prinzipien der Demokratie unterbindet, so hätte sie es sich selbst auszusprechen, wenn das Proletariat unter Umständen zu anderen als diesen Mitteln griffe. Niehe man aber der Opposition die Freiheit rückichtsloser Kritik und aufklärerischer Werbearbeit, so bestünde kein Anlaß, irgendeine Propagandaparole auszugeben.

Mag dann zunächst — um mit Kuttner zu reden — „die tatsächliche Macht aus den Händen gegeben“ worden sein. — gewiß nicht auf lange! Die in ihrer Opposition gegen das bürgerliche Regiment geeinte, für ihre alten Ideale kämpfende, mit ihren besten Kräften nicht mehr in Regierungsausschüssen und Verwaltungen festgefesselte Sozialdemokratie würde sehr bald die Macht wieder in die Hände bekommen, indem sie eine Mehrheit der Bevölkerung für sich gewinnt. Die Revolution war doch in jedem Falle eine gewaltige Umwälzung der Welt! Wenn sie bisher den sozialistischen Parteien noch keine Mehrheit brachte, so nur deshalb, weil diese die Situation nicht zu nutzen verstanden. Das Kompromittieren mit den bürger-

Die belgischen Wahlen.

Die neue Deputiertenkammer wird folgendermaßen zusammengesetzt sein: 73 Katholiken (Verlust 26 Sitze), 70 Sozialisten (Gewinn 30 Sitze), 34 Liberale (Verlust 11 Sitze) und 9 Parteilose. — Im Gegensatz zur französischen Parteimehrheit lehnt die belgische Sozialdemokratie jedes Liebsäuglein mit Volkswirtschaft, Räte-System usw. scharf ab.

Wenn Clemenceau siegt!

Der linkssozialistische „Populaire“ schreibt: „Wir erfahren aus sicherer Quelle, daß Clemenceau entschlossen ist, bei der Eröffnungssitzung der Kammer den militärischen Kampf gegen die russische Republik und die Kriegserklärung an Rußland zu fordern. Wahrscheinlich wird er den Belagerungszustand und die Zensur wieder einführen.“

Aus den römischen Pressekommentaren über die französischen Wahlen geht hervor, daß die Kreise, die in Beziehungen zum Vatikan stehen, annehmen, die französische Kammer werde die Beziehungen zum Vatikan wieder aufnehmen.

Das rote Ober-Italien.

In Rom, Mailand, Bologna und Turin sind alle sozialistischen Kandidaten gewählt, und für die Industriebezirke Norditaliens gilt das gleiche. Es dürften 180 sozialistische Abgeordnete in das Parlament einziehen. Sie haben also um 100 Deputierte zugenommen.

Ungarische Reaktion.

Die Befallung Karl Fudvar zum Ministerpräsidenten von Entente Gnaden wird von der liberal-nationalistisch, antisemitischen Presse bejubelt. Leiter der Reichsbewegungen in Versailles („Friedensabordnung“) soll Graf Tisza werden.

Der Aufstand in Aegypten.

Im Verlaufe von neuen Kundgebungen in Kairo belagerte die Menge die Polizeiwache. Die englischen Soldaten eröffneten das Feuer auf die Menge. 11 Personen wurden getötet und etwa 60 verwundet, darunter 10 schwer. Die Straßenbahn hat ihren Betrieb eingestellt.

lichen Parteien, der Verzicht auf eine grundsätzliche sozialistisch-demokratische Politik waren ebensowenig geeignet, werbend zu wirken, wie die Putschtaktik der Extremen links und die dagegen allzu nachsichtige Haltung des Restes von Unabhängigen und Kommunisten. Die Art und Weise, wie die sozialistischen Parteien sich untereinander bekämpften, war vollends dazu angetan, alle noch Schwankenden und Zaudernden vom Sozialismus abzustoßen.

Zwei Möglichkeiten wären bei einem Ausschleiden der Sozialdemokraten aus der Regierung gegeben. Entweder die bürgerliche Regierung würde in Auger Wertung der Verhältnisse an dem, was allenfalls als „Erwünschtes der Revolution“ aufgeführt werden kann, nur wenig rütteln. Dann würde die Preisgabe der „tatsächlichen Macht“ zum mindesten keine allzu empfindlichen Verluste bedeuten. Oder man würde rückichtslos auch das Letzte von dem beseitigen, was die Revolution an Verbesserungen gegenüber den früheren Zuständen brachte. — um so rascher würde aber dann auch die bürgerliche Herrlichkeit wieder ihr Ende finden; denn um so wirkungsvoller würde die sozialistische Aufklärungsarbeit gefördert werden.

Man möge also die Folgen eines Ausschleidens aus der Regierung nicht allzu schwarz finden. Findet sich eine Möglichkeit, ohne Rücktritt aus der Regierung sozialistische Politik zu treiben — gut. Aber die sozialistische Politik ist das Entscheidende.

Eine solche sozialistische Politik würde in erster Linie einen Bruch mit dem „System Koske“ verlangen. Und da Koske — wie immer man über seine „Schuld“ auch denken mag — heute den Massen gewissermaßen als die Verkörperung dieses Systems gilt, dieses Systems eines einseitigen rückichtslosen Kampfes gegen links unter Festhalten an den Methoden des alten Militärs, so müßte kein Verhängen aus dem Vordergrund der politischen Bühne den Massen gemüßwärtig ein Bürgerdikt für den Bruch sein. Eine andere Notwendigkeit wäre eine Umgestaltung der Reichswehr. Unter Ausschaltung all der kleinen und großen Gallifet-Anbieter, die heute in ihr Unterschluß gefunden haben, wäre ihre Demo-

kratisierung anzubahnen, den Mannschaften ein Mitbestimmungsrecht bei der Wahl ihrer Führer zu geben usw., was zur Folge haben würde, daß in ganz anderem Maße als bisher auch sozialistische Arbeiter eintreten und der Truppe den Charakter einer zuverlässigen republikanischen Volkswehr geben würden. Andere Forderungen wären nicht weniger nötig: Einleitung einer ernsthaften Sozialisierung nach den Vorschlägen der Sozialisierungskommission und anderes Wichtiges mehr.

Entschiedenem Eintreten für eine derartige sozialistische Politik würde auch den Weg zur Einigung der sozialistischen Parteien öffnen. Es würde das letzte Mittel sein, von der Linken das Zugeständnis zu erlangen, daß der Kampf um den Sozialismus auszusetzen sei mit den Mitteln und auf dem Boden der Demokratie.

Das Einigungsprogramm, das die Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie entworfen hat, zeigt die Mittellinie, auf die beide sozialdemokratische Parteien treten können, ohne sich oder ihren Grundsätzen etwas zu vergeben. Ablehnung einer Kompromißpolitik, die entscheidende sozialistische Forderungen opfert, Bekenntnis zum Klassenkampf; aber zu einem Klassenkampf auf demokratischer Grundlage.

Schon haben beachtenswerte Gruppen der Arbeiterkass für diese Richtlinien erklärt. Erst am Dienstag noch sprach sich eine imposante Betriebsversammlung der Arbeiter der Reichsdruckerei für sie aus. Die angenommene Resolution richtet zugleich an die Arbeiter der anderen Betriebe die Aufforderung, zu den Richtlinien Stellung zu nehmen. Es wäre sehr zu wünschen, daß es gelänge, Flugblätter mit einem Abdruck der Richtlinien in beliebiger Zahl zu beziehen vom Sekretariat der Zentralstelle, Neue Königstr. 30. Aus den Massen heraus muß die Einigung kommen. Ihre Voraussetzung ist Klarheit über die Grundlagen einer Verständigung und der gute Wille zur Einigung. Es gilt, mit allen Mitteln dafür zu wirken. Und ohne Verzug. Der Zeiger der Uhr steht auf fünf Minuten vor zwölf. Kommt es nicht bald zum mindesten zu einer Verständigung zwischen den proletarischen Parteien über ein gemeinsames Vorgehen bei den künftigen Auseinandersetzungen mit der Reaktion, den bevorstehenden Wahlen usw., so darf sich keiner wundern, wenn in Kürze die volle Reaktion wieder triumphiert und die sozialistische Bewegung um Jahrzehnte ihrer Entwicklung zurückgeworfen wird.

Deserteurs-Frechheiten.

Die Sturmabteilung Hoffbach, die vor einiger Zeit mit einem Teil des Thorner Infanterieregiments 21 nach Rußland desertiert ist, um sich den Vermondischen Truppen anzuschließen, veröffentlicht in der alldeutschen Presse folgende Erklärung:

Die Freiwillige Sturmabteilung Hoffbach hat Deutschland verlassen, weil sie den geforderten Treueid auf die derzeitige Regierung, die von ihr nur als ein Gouvernement in den Diensten der Entente angesehen wird, nicht leisten wollte. Wir wollen nicht die Stützen einer Reichsleitung sein, die nicht die Kraft findet, die widermordenden Streiks einer unermesslichen Kadaverbeute zu unterbinden und vieles andere mehr. Alles dies mit den Händen im Schoß über uns ergehen zu lassen, dazu sind wir nicht fähig. Wer auch nur einen Funken Ehre besitzt, wird uns begreifen, wird auch begreifen, daß wir hier unserem Heimatlande größeres und besseres Dienste leisten können, wie in der deutschen Republik als Sozialkuchtruppe der Entente, er wird auch begreifen, daß uns der Abschied bitter schwer geworden ist.

Sachlich auf diese Schreiberlei einer Abenteuertruppe einzugehen, lohnt sich nicht. Wenn die Soldaten auf einen solchen Schwundel ihrer Führer hereinfallen könnten, so ist das ein sicheres Zeichen, daß vom Reichswehrministerium lange nicht genug zur Aufklärung der Truppe im Sinne der Regierung geschieht. Wenn freilich die systematische Oeko von Wältern wie die „Offenen Worte“ usw. geduldet wird, so sind solche Frechheiten kein Wunder.

Rotiert zu werden verdient, daß die alldeutsche Presse, die vor Jahresfrist gar nicht genug über das — sachlich auch von uns gemißbilligte — Hervortreten spartakistischer Deserteure in der Revolutionsbewegung getern konnte, sich jetzt selber zum Anwalt der Deserteure Hoffbach und Genossen macht.

Die die „S. V. D.“ an unabhängiger Stelle erfahren, wird die Reichsregierung es verstehen, die Deutscher und Hohenzollern zur Bestrafung zu bringen. So besorgsamwert das Unternehmen der Abteilung Hoffbach ist, so verdient doch hervorgehoben zu werden, daß kein höherer Führer sich an ihre Beteiligung hat. Das Kommando über die Abteilung führt ein Deutscher.

Ein Gemütsathlet.

Im Anschluß an die von uns veröffentlichten Kronprinzen-Telegramme in Nr. 564 vom 4. November bringen wir nachstehend noch eins, aus dem Hauptquartier in Stenah am 1. Februar 1915 an den Kaiser-Vater nach Berlin gerichtet. Es wirkt wegen der frivolen Vergewicklung eines tiefsten Kampferberichtes mit geradezu ordinären Mitleidlichkeiten wieder mal ein sehr bezeichnendes Licht auf Absender und auch Adressaten und lautet:

„Goffe, daß der Genus Edamer Käse und Beschreibung der beiden Damen keine nachteiligen Folgen haben werden. Die gestrigen Kämpfe im Argonnenwald betreffend ist zu melden, daß 1100 gefallene Franzosen vor der Front gefunden worden sind, darunter 1 Stabsoffizier und 6 Offiziere an einer Stelle. Regiment 155 muß vollständig aufgerieben sein.“

Also zunächst die erschütternde Mitteilung, daß Wilhelm der Vater sich beinahe damals den allerhöchsten Wagen mit Edamer Käse verdoeben hätte, ohne daß Absender damals natürlich schon ahnte, daß die Heimat dieses verfluchten Käses ihm später als Übel dienen würde. Nicht genug damit, daß mit derartigen Überheblichkeiten die ohnehin mit dringlichen Heeresmeldungen überlasteten Telegraphisten und Leitungen in Anspruch genommen worden sind, bringt der „gefühlvolle“ Absender es fertig, im selben Atemzuge von dem Heldentod Tausender von tapferen Kriegeren zu drohen, ein Zeichen von Gemütsrobheit, das fast noch die Ausgerung des Duisburger Reeder-Brotzen Karl Schroers in den Schatten stellt, der früher mal gesagt hat: „Meine Arbeiter sind mir genau so viel wert wie ein Stück Käse; solange es mir schmeckt, esse ich es mit Wohlbehagen, schmeckt es nur nicht mehr, so schmeiß ich es einfach zum Fenster hinaus!“ Nun kommt es ja freilich auch vor, daß man, wie das Beispiel des Kronprinzen zeigt, selber rausgeschmissen wird, und zwar gründlich.

Stöffingers seelische Läuterung.

Der Herausgeber der unabhängigen „Freien Welt“, Felix Stöffinger, dessen Bemühungen, Verachtung und Abscheu vor den Verbrechern durch rücksichtslose Aufklärung in den Massen zu erwecken“ wir in Nr. 582 noch Kräfte unterstützt haben, sendet uns folgende Berichtigung, die wir gern der Mitwelt zur Kenntnis bringen:

1. Es ist unrichtig, daß ich im „Mat 1915 freudestrahlend ins Café des Westens gestürzt kam und jubelnd die Botschaft von der Verfertigung der „Koustantia“ verkündete.“ Wahr ist vielmehr, daß ich die Verfertigung der „Koustantia“ im Laufe einer Privatunterhaltung verteidigt habe, wie ich schon in der „Freiheit“ vom 21. 8. 1919 mitgeteilt habe.
2. Es ist unrichtig, daß ich darauf der bekannte Dichter Leonhard Frank erhob und dem wortlos verblüfften U. Boot-Schwärmer ein paar kräftige Maulschellen hieb.“ Wahr ist vielmehr, daß ich nicht wegen meiner Verteidigung der Verfertigung attackiert worden bin, sondern nur bedauern, weil ich die Einmischung des Dichters, mit dem ich kurz vorher verkehrt hatte, aus persönlicher Verehrtheit mit einer Grobheit zurückgewiesen habe. Nur wegen meiner Worte gegen ihn, nicht wegen meiner Worte über die Verfertigung entstand dieser Streitsfall. Felix Stöffinger.

14. November 1919.
Was will Stöffinger eigentlich? Er gibt selbst zu, die Verfertigung im Gespräch verteidigt zu haben. Aus welchem Grunde ihm Leonhard Frank Ohrfeigen gegeben hat, ist dieser Feststellung gegenüber sehr nebensächlich, er dlich verdient waren sie auch noch Stöffingers eigener Darstellung. Daß Stöffinger die für ihn blamable Sache durchaus noch einmal aufwärmen muß, beweist, daß er nicht nur, wie wir ursprünglich annahmen, ein dreister Dursche ist, der sich zum stillen entrüsteten Ankläger von Verbrechen aufwirft, die er selbst bei ihrer Begehung verteidigt hat, sondern daß ihm die gütige Natur daneben zum Ausgleich noch eine immense Portion Dummheit beischert hat.

Abschiedsdemonstration.

Hindenburg ist am heutigen Donnerstag morgen um 8 Uhr 30 Minuten vom Bahnhof Charlottenburg abgereist. Die Au- denischen, deren Anhänger ja meist der Notwendigkeit einer ge- regelten Beschäftigung entzogen sind und daher gerade auch zu jenen Tagesstunden Zeit haben, in denen andere Menschen ar- beiten, hatten auch diesmal eine Demonstration veranstaltet, die außer den üblichen Hods und Nieder auch „Auf Wiedersehen als Reichspräsident“ rief.
Nebenher war — diesmal auf offizielle Veranlassung — eine Ehrenkompagnie gestellt worden. Nach der merkwür- digen Erklärung, die Hindenburg und Ludendorff über die Gründe ihres Erscheinens in Zivil veröffentlicht haben, sollte man eigentlich annehmen, daß sie selber auf die Stellung einer Ehren- kompagnie den allergeringsten Wert gelegt hätten.

Wie die „Kreuzzeitung“ berichtet, wird Major v. Lüchow, der mit seiner Truppe die eigenmächtige Hindenburg-Demonstration unternommen hat, vom Reichswaldminister seines Postens entzogen werden.

Der Sozialdemokrat ist ehrlos.

Sie haben zu gut abgeköhnt bei dem Konkursgeschäft des alten Regimes, die monarchistisch-reaktionären Krautjunker, und halten die Zeit für gekommen, wo sie das „Volk“ wieder mit Annuie und Märrerherrschaften traktieren und den Sozialdemokraten auf ein- samem Posten in brutaler und gemeiner Weise verfolgen und zum ehelosen Nicht stampeln können. Das beweist ein Vorfall in im Dorfe Fröhden bei Jüterbog, über das uns folgender Be- richt zugeht.

Nach einer Versammlung der S. P. D. in P. am 14. d. Ms., auf der sich die deutschnationalen Wort- fährer über die Haltung der Landarbeiter und Klein- bauern, die das Inedtselige „Erbsen“ vor dem „gnädigen Herrn“ nicht mehr mitmachen wollen, erfolglos entrüsteten und sich eine geradezu beschämende Abfuhr holten, blieben die Genossen und Ge- nossinen zahlreich im Versammlungssaal, um sich zu einem Wahlvere in zu organisieren. Die Deutschnationalen liehen einen Spieß in dem jugendlichen Wirtschaftsexcoen Meyer- Arend zugeht.

Dieser Jüngling, der schon während der Verhandlungen eine völlige politische Unreife und ein aufgeblasenes Wesen zu erkennen gegeben hatte, sollte beobachten, um dann als Ge- währsmann seiner Aufstappler zu fungieren. Der Ver- sammlungsleiter hatte anfänglich nichts gegen dessen Anwesenheit und stellte ihm sogar Papier und Bleistift zur Verfügung. Als aber die Arbeiter seine Entfremdung dringend forberten, mußte der junge Mann durch den Vorsitzenden veranlaßt werden, zu gehen. Der Gynosse Vohrer, Finkenbädi, der die Versammlung ge- leitet hatte, erhielt am nächsten Tage folgende Zuschrift:

„Neben überfende ich Ihnen Blei. Am Vorfal am gestri- gen Abend gehalten Sie mir die letzte Bemerkung, daß ich es tief bedaure, daß Sie sich — als ein tüchtiger Ehrenmann — als deutscher Offizier zu den Taktlosigkeit haben herabwürdig. — Es leugnet Sie. Meyer-Arend.“

Wir veröffentlichen diesen Erguß, von dem wir nicht wissen, ob die Dummheit seines Urhebers oder die Eingebungen der poli- tischen Ratgeber den härteren Teil an ihm zu beanspruchen haben, da er bezeichnend ist für die verkehrende Artrogung des Aufstretens und für die unverschämte Kampfweise der Agrarier, die gegen die Republik in aufreizender Weise frontieren und ihren Genossen, der ihnen manhaft entgegentritt, mit Jauläben aus ihrem agrar- ischen Schimpfregiment begießen.

Heiferich einst und jetzt.

Ein ehemaliger Angestellter der „Kaiserlich deutschen diplo- matischen Vertretung in Kossau“ schreibt uns:
Eigentümlich berührt es, wenn man täglich vor dem Unter- suchungsausschuß Heiferich sich als nützigen Mann ausspielen sieht. Es ist allerdings etwas anderes, hier in Berlin sich auf

das Treiben der Reaktion zu führen, als in Kossau, in den ersten Augusttagen des vorigen Jahres, auf „dorgehobenem P. sen“ seinen Mann zu stehen.

Nachdem Graf Mirbach am 6. August ermordet war und Heiferich „Kaiserlich deutscher Gesandter“ in Kossau geworden war, wurde natürlich alles zu seiner persönlichen Sicherheit auf- gehoben. Wie ein Blitz aus heiterm Himmel verbreitete sich eines Nachmittags unter dem Personal der Gesandtschaft die Nachricht: „Heiferich ist nach Berlin gefahren; wir fahren morgen nach Peters- burg!“ Daß dem neuen Gesandten das Herz so schnell in die Brust fallen würde (Heiferich war vier oder fünf Tage in Kossau) hatte von uns denn doch niemand erwartet. Wenn auch die Lage etwas kritisch war, etwas mehr Mut hätte man bei diesem „sch- teustischen“ Mann bestimmt vorangesetzt. — Theorie und Praxis. — Ein Beispiel von den hohen Herren, die den Wind über „Aus- halten, Durchhalten“ usw. nicht voll genug nehmen konnten und dabei das Wichtigste vergaßen: das Maulhalten!

Landesauskunftwahl in Eutin.

Das endgültige Ergebnis der Landesauskunftwahl vom 18. No- vember bringt gegenüber den ungünstigen Wahlen vom 17. August dieses Jahres allen Parteien einen Stimmengewinn. Die weitaus meisten Stimmen haben unsere Genossen erhalten. Im folgenden geben wir die einzelnen Ergebnisse (die ungünstigen Wahlziffern vom 17. August):

S. P. D.	7407 (6701)	Stimmen	11 (11)	Stiße
U. S. P.	865 (654)		1 (1)	„
Dnat. Vp.	5055 (4461)		8 (8)	„
D. Vp.	721 (548)		1 (—)	„
Dem.	3348 (3131)		5 (6)	„

In der Stadt Eutin war das Ergebnis: S. P. D. 1096 (759), U. S. P. 45 (16), Dnat. Vp. 870 (764), D. Vp. 190 (153), Dem. 555 (624).

In Stodelsbork, dem Wohnsitz der meisten Kandidaten der U. S. P. blieb diese doch mit 246 (247) gegen die S. P. D. 718 (675) weit zurück. Bürgerliche 814 (546) Stimmen.

Ererech (Kochermerzobkreiter): S. P. D. 300 U. S. P. 11, Dnat. Vp. 26, D. Vp. 3, Dem. 20.

Hilferuf aus Deutschösterreich.

Die Ernährung der Wiener Bevölkerung ist mit den staatlich angewiesenen Rationen — für Kopf und Woche 1200 Gramm Brot, 1/2 Pfd. Mehl, 1/2 Pfd. Reis oder Hülsenfrüchte und dergleichen, 120 Gramm Fettstoffe, in 2 bis 3 Wochen (!) 1 Pfd. Kartoffeln, in 4 Wochen 100 Gramm Fleisch und Kohlen unregelmäßig 2 Pfund für den Tag und Haushalt — nicht aufrechtzuerhalten und muß allgemein durch Schleichhandelskäufe ergänzt werden. Die Reichsdeutschen drüben erhitzen Galle vom Reiche. In einer Eingabe sagen sie: Die Aufbringbarkeit der als Vorkost- mahl erbetenen Mengen erdriemt, trotz der Räte, im Reiche durchaus möglich, da die Reichsbevölkerung nur auf 35 Gramm Kartoffeln, 2 Gramm Mehl, 01 Gramm Fettstoff, 0.42 Gramm Hülsenfrüchte pro Kopf und Jahr zu versetzen brauchte.

Bei dem Gend drüben können wir die Wünsche unserer Land- leute nur unterstützen.

Die Mitteilung des Wiener Bürgermeisters Gen. Reumann, daß die Protration nicht einmal zur Hälfte gedeckt ist, bei angehöht des schon vorhandenen Mangels an Fleisch, Fett, Gemüse und Kartoffeln die größten Beschränkungen hervorgerufen. Dazu kommt der Mangel an Kohlen und Holz für den Küchen- brand. Die Tarifserhöhung bei den städtischen Unternehmungen, a. B. Festsetzung des Fahrpreises der Elektrischen auf eine Krone, und der kolossale Rückgang des Kronenkurses, des eine neue Teuerung erwarten läßt. Eine dumpfe Verzweiflung be- mächtigt sich der Wiener Bevölkerung.

Genosse Treckers ist nach den Redungen Kämmerbome Wälder zum Chefredakteur unseres holländischen Parteiorgans „Der Volk“ ernannt worden.

Die Ursachen und Gefahren des frühen Schneefalls.

Von Dr. Victor Engelhardt.

Dieser Herbst brachte uns wieder einmal jenes berühmte Wetter, von dem die „Alten Leute“ behaupten, daß es noch „nie- mals dagewesen sei“. Gewöhnlich haben diese „Alten“ Leute ein kurzes Gedächtnis, denn das, was sie als noch „nie-mals“ dagewesen“ bezeichnen, kam sehr oft schon zu Lebzeiten unserer jüngsten Kinder vor. Diesmal dürften aber sogar hundertjährige Geisse recht be- halten, wenn sie Wettererinnerungen ausfragen und finden, daß so ein November ganz sicher nicht drunter sei.

„Freilich damals — anno 49 — da wars wohl kalt.“ — erzählte mir mein Großvater, der im 48er Jahr als ganz junger Student tapfer mitgemacht hatte. — „Aber ich weih nicht recht — ob wirklich so kalt war, oder ob uns nur wegen all der enttäuschten Hoffnungen froh. — Und dann — vor 29 Jahren — weist du — wie mir meine Jüngste den ersten Entel schenkte — das war auch im November, am 26. — wir haben damals in Königsberg gewohnt — da hatten wir 18 Grad Kälte. — Aber Anfang November! — Und dieser Schnee! — Das hab ich — so alt ich bin — noch niemals erlebt.“ — „Doch, doch“, warf ich ein, „ich kann mich selber noch er- innern — 1900 hatten wir Mitte November wohlfein viel Schnee.“ Der alte Herr glaubte mir nicht, und so holte ich die Wetterkarten jener Tage hervor. Da stand es schwarz auf weiß — am 16. und 17. November überrollt Schnee, in Berlin, in Dresden und Königsberg, 12 und 15 Zentimeter hoch lag der Schnee — aber es war nicht kalt und es dauerte nicht lange. Und doch schrieb man damals: so früher und so harter Schneefall stehe in Deutschland ganz beispiel- los da.

Was soll man da in diesem Jahr schreiben?! — Seit dem 8. November scheint es fast ununterbrochen. Am 15. lag der Schnee in Berlin 25, in Dahme sogar 31 Zentimeter hoch (von Frank- furt a. O. wurden gar 42 Zentimeter gemeldet). Und dabei an- dauernde sibirische Kälte. — 7 Grad in Berlin, bis — 13 Grad in Königsberg. So etwas scheint — soll ich dem Erinnerungsbewußtsein meines Großvaters glauben — wirklich noch nicht dagewesen zu sein. — Es ist, als ob uns die Witschewski Feindschaft geschworen hätten und uns den Winter, der jadrans, jadrans in Sibirien vom Sommerkloß ermach, frühzeitig auf den Hals schiden wollen. Denn in Sibirien ist die Kälte gemacht, die wir jetzt in Europa haben. — Sibirien ist ein großes flaches Land. Das verliert seine Wärme sehr viel rascher als das umgebende Meer. So wird auch die Luft über Sibirien kalt und zieht sich zusammen, wie jeder Körper, der kalt wird. Sie wird dichter, schwerer. Schwere Luft bringt hohen Luftdruck hervor. Darum liegt über Innerasien im Winter stets ein Gebiet hohen Luftdrucks. In manchen Jahren breitet sich dieser hohe Luftdruck bis nach Nordeuropa aus. So war es in den Jahren

1890 und 1900, von denen eben die Rede, so war es auch in diesem Jahr. Da die Luft durch den hohen Druck aus den genannten Ge- bieten gewissermaßen nach allen Seiten hinausgedrückt wird, so haben wir seit Anfang November kalte nordöstliche Winde. Diese kalten Norddeutsche so hart ab, daß alle Hausfliegen, die mit Tiefdruckgebieten vom Meer herkam, als Schnee umgehende Himmel fallen mußte.

Die weiche glühende Landschaft um und könnte wunderschön sein, wenn sie nicht so heimtücklich gefährlich wäre. Der Verlust des, die Kartoffeln erkranken — und die Kohlen — die Kohlen, die wir jetzt so dringend brauchen — kommen nicht zu unk. Und noch eins. Am den kommenden Winter muß und bange werden. Wenn diese Schneemassen draußen auf dem Lande bald wegtauen, bekom- men wir eine Kälte wie schon lange nicht mehr. Einen kalten, strengen Winter. Die geringe Wärme, welche im Dezember und Januar von der Sonne kommt, kann dann die Erde nicht erwärmen, weil sie veratmet wird, um den Schnee oberflächlich wegzutauen. In der langen kernkalten Nacht aber, die auf einen solchen Son- nentag folgen würde, verliert eine schneebedeckte Erde viel, viel mehr Wärme als eine schneefreie. Denn sie „strahlt“ ungeheure Wärmemengen in den kalten Weltraum hinaus. So können wir nur hoffen, daß eine durchgreifende Änderung der Wetterlage uns warme westliche und südwestliche Taumwinde bringt, bevor die eigent- lichen Wintermonate beginnen. — Aber trotz aller Hoffnung müssen wir auf der Out sein, den Schneefall als Warnung auffassen — und unsere häuslichen Kohlenvorräte strecken, so gut es irgend geht.

Ansprache des Oberst Schnüffel

in der Sitzung des Kriegerrates zu Vutterstädt.

Kameraden!
Ich halte mich nicht lange mit Worten auf und gehe gleich auf die Sache los, die mir am Herzen liegt. Wir sind hier lauter monarchisch gefinnite Königstreue Männer und wollen so ehrlich und aufrichtig sprechen, wie es sich unter deutschen Männern ziemt. (Stellner, geben Sie hinaus, machen Sie die Tür zu und schließen Sie auch die Türen zu den Tribünen ab.)

Also, der hochheilige Vorfall unseres ungergehlischen Kaisers, Friedrich Wilhelm der Vierte, hat schon mit Recht von dem Luber- geruch der Revolution gesprochen. Auch heute herrscht wieder solch Lubergeruch in ganz Deutschland. Und er wird mit jedem Tag schlimmer, so daß man meint, unser Land sei eine Schinderhülfe. Aber, Kameraden, so geht das nicht weiter. So geht das wirklich nicht weiter, Kameraden. So kann das gar nicht weiter gehen. So geht es auch auf keinen Fall weiter.

Und das meine ich denn, da hat Seiner Majestät unseres aller- durchlauchtigsten großmächtigen, unseres allgeräbigen Kaisers, Königs und Herrn Bruder, Seine Kaiserliche und Königlische Hoheit der allerberechtigten Flottenadel unsern von ihren Schatzkassen in schändlicher und niederträchtigen verrätern Marine, Prinz Heinrich, ganz recht, wenn er seinerzeit forderte, daß Seine Majestät, unser allgeräbiger Kaiser und Herr, dem wir alle Treue bis in den Tod gelobt haben

und dem wir auch, wie es deutschen Helden ziemt, wieder die Treue halten werden, wenn hoffentlich in nicht allzu langer Zeit der Nach- und Vergeltungskrieg gegen das bedenkliche niederträchtige Frankreich losbricht, wieder in seinen Thron und alle seine Rechte einsetzt wird, vorausgesetzt, daß Seine Majestät, unser allgeräbiger Kaiser, überhaupt noch gerufen werden, den von dem Luber- geruch der Revolution verurteilten Stuhl seiner hochheiligen Väter höchstselbst anzunehmen.

Und Kameraden, ganz ebenso selbstverständlich ist es. Kameraden, daß, wie Seine Kaiserliche und Königlische Hoheit, der oberste Flottenadel, zu äußern geruht haben, daß sämtliche deutsche Fürsten, als da sind die allerburchlauchtigsten großmächtigen Könige, die durchlauchtigsten Großherzöge und Herzöge und Fürsten, wieder die Throne ihrer in Seligkeit ruhenden Väter bestiegen werden. Dann, liebe Kameraden, wird ein Jubel ohne gleichen in deutschen Landen herrschen und dann kann es wohl geschehen, daß im über- schäumenden, überausenden Aneubentaumel die Paternostäble nicht ausreichen werden, um alle roten Halunken, die jetzt die Macht, die Herrschaft und die Größe des erhabenen Thrones geschändet haben, aufzugiehn.

Um daher diesen hehren im Christlichen wie im germanischen Sinn gleich ehrenvollen Tag herbeizuführen, bedarf es der Vor- bereitung. Und diese Vorbereitung muß schon jetzt begonnen werden. Kameraden, treibt monarchische Propaganda! Tut alles, was ge- eignet ist, die Republik zu lächigen. Vielleicht kommen wir noch dazu, die Steuern zu verweigern.

Aber das alles ist nur ein Vorspiel.
Wenn wir nur erst wieder an der Spitze stehen, dann wollen wir eine Sanftes veranstalten und der Eber! läßt zuerst und der ganze andere Krampf hinterher. Dann wird sich Seine Majestät an die Spitze seiner Truppen setzen und den Machtkrieg gegen Frank- reich eröffnen. Und dann, Kameraden, wird der Krieg, der ja jetzt mir verlag ist, zu einem glorreichen Ende geführt werden. Ich erhebe mein Glas auf unsern allgeräbigen Kaiser und Herrn, auf unsern unübertriefflichen Kolossalreus Offizierskorps und auf den hoffentlich recht bald kommenden Kuchkrieg.
Gural! Gural! Gural!

Städtische Volkssymphonik-Konzerte. Das Städtische Orchester veranstaltet im Auftrag der Stadt Berlin unter Leitung seines Dirigenten Paul Schuchting ein Reihe von Volkssymphonik- Konzerten. Ein Beethoven-Wagners-Abend findet am 15. De- zember 7, Uhr in den Germanentafeln, Chaussee 106, statt. Karten zu 30 Pf. in der Buchhandlung des „Vorwärts“, in den Plakat- anstalten und auf dem Orchesterbureau.

Heber Koch-Vorlesungsbücherei und über ein neues Koch-Balium- manometer sprechen die Herren B. Gahrts und B. Hiesner am 21. November, abends 7, Uhr, in der Deutschen Gesellschaft für technische Physik im großen Hörsaal des Physikalischen der Technischen Hochschule, Charlottenburg.

Neue industriewissenschaftliche Forschungsanstalt. Ein Institut für Kalkulation wird, wie im „Wometrus“ berichtet wird, in Stuttgart unter Mitwirkung des Reichsindustriellen errichtet werden. Es soll die Erarbeitung und Klärung des deutschen Rechts und der Rechts- erenngs für die Kalkulation durch gemeinschaftlich tätige Arbeiten fördern. Weiter ist eine Bewegung im Gange, um ein Forschungsinstitut für tierische und pflanzliche Oele und Fette zu errichten.

Prozeß Erzberger.

Vor der siebenten Strafkammer des Landgerichts I wurde Donnerstag die Beschuldigungsakte, die Reichsminister Erzberger gegen den verantwortlichen Redakteur der „Deutschen Zeitung“, Dr. Ernst Fuchs, angehängt hatte, verhandelt. Man hatte in politischen Kreisen dieser Verhandlung mit großem Interesse entgegengelesen, und es waren auch in dem kleinen Auditorium, zu dem nur in beschränkter Zahl Karten ausgegeben waren, hiesigen Herren aus Regierung-, Militär- und sonstigen politischen Kreisen anwesend. Als Zeuge war Reichsminister Erzberger geladen. Von der Verteidigung war auch die Ladung des früheren Reichsanwalters von Verdmann Hollweg, des früheren Vizelanwalters Dr. Helfferich und des Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Spahn und anderer beantragt worden.

Der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Wigel, richtete an den Angeklagten folgende Frage: Eine Erklärung, nach der der Strafantrag zurückgezogen werden könnte, ist wohl nicht zu erwarten? Angeklagter Dr. Fuchs: Nein. Es wird zunächst der Artikel gelesen, der

Gegenstand der Anklage

ist. Danach hat die „Deutsche Zeitung“ anlässlich des Falles der Ermordung des französischen Soldaten Ranheim und der Zahlung der Million Goldmark, die von der französischen Regierung als Sühne von der Stadt Berlin verlangt waren, geschrieben, daß die von Herrn Erzberger aufgeführte Behauptung, dieser Betrag sei nicht aus Staatsmitteln, sondern aus privaten Mitteln gezahlt worden.

eine Lüge

sei. Weiter ließ es in dem Artikel, daß es bei Herrn Erzberger auf eine Lüge mehr oder weniger nicht ankomme. — Wegen dieser Behauptungen hat der Reichsminister Erzberger Strafantrag gestellt und die Staatsanwaltschaft hat öffentliche Anklage wegen Beleidigung erhoben.

Der Angeklagte erklärt gleich von vornherein, daß er zugebe, daß ihm infolgedessen ein Irrtum unterlaufen sei, als die Erklärung über die Bezahlung der Million Goldmark nicht von dem Reichsminister Erzberger in der Nationalversammlung abgegeben sei. In der Zeit der Arbeit habe er aber diesen Eindruck gehabt.

Vors.: Sie hätten sich aber leicht aus den Akten der Rationalversammlung darüber informieren können.

Angeklagter: Als Redakteur hat man nicht Zeit, erst die ganzen Akten durchzusehen. In der Pressekonferenz hat der Vertreter des auswärtigen Amtes, Herr von, eine Erklärung abgegeben, daß das Geld nicht von der Reichsregierung, sondern

von einer privaten Persönlichkeit

gezahlt wurde. Diese Erklärung, die nach meinen Informationen falsch war, kann nur im Einverständnis mit dem Reichsfinanzminister abgegeben worden sein. Herr Erzberger war damals Vizepräsident des Reichsministeriums und zugleich Reichsfinanzminister. Die Regierung hatte vorher den Standpunkt getreten, daß sie aus rechtlichen Gründen zur Zahlung nicht verpflichtet sei und diese ablehne. Nun stellte sich heraus, daß die Zahlung doch geleistet wurde. In der Presse machte sich hierüber großer Unwille bemerkbar und der Regierung wurde Inkonsequenz ihrer Haltung vorgehalten. Wenn die Million Goldmark wie ich behaupte, nicht aus Privatmitteln, sondern von der Reichsregierung gezahlt worden ist, so mußte Herr Erzberger, der damals

der eigentliche spiritus rector

der Regierung war, von einer so schwerwiegenden Behauptung Kenntnis haben. Sie konnte ohne sein Wissen und ohne seine Verantwortung gar nicht von einem Vertreter des auswärtigen Amtes abgegeben werden.

Vorsitzender: Damit schänden Sie aber die Erklärung der „Deutschen Zeitung“ wesentlich ein.

Angeklagter: In diesem Sinne ja.

Der Angeklagte beruft sich dann darauf, daß vor 14 Tagen in der Unabhängigen Wochenchrift „Freie Welt“ die Sache abgebildet sind, in denen Zahlung geleistet worden ist, und es stellt sich heraus, daß es Anweisungen des auswärtigen Amtes sind.

Der Vorsitzende hält dem Angeklagten vor, daß er bei einem so schwerwiegenden Angriff doppelt vorsichtig sein mußte, und wenn er keine Unterlagen hatte, sich nicht mit der Hast der Arbeit entschuldigen könne.

Angeklagter: In dem Augenblick war ich persönlich der Ansicht, daß Herr Erzberger in der Nationalversammlung die Erklärung abgegeben hat. Der Angeklagte beruft sich dann auch noch darauf, daß die Erklärung in den „B. B. R.“ erschienen sei, die in enger Beziehung zur Regierung stehen, und vernünftig sei

sie auch durch Wolff ausgegeben. Es wird dann zur Zeugenvernehmung geschritten.

Der frühere Chefredakteur der „Morgenpost“, jetzige Referent in der Presseabteilung des auswärtigen Amtes, Cuno, gibt als Zeuge an, daß er in der Pressekonferenz Anfang September die Erklärung abgegeben habe, die auch in all den Zeitungen veröffentlicht worden sei. Danach habe er ausgeführt, daß zwischen der französischen und der deutschen Regierung der Meinungsaustausch über die Sühne des Todes des Unteroffiziers Ranheim bisher zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt habe. Die französische Regierung habe zwar erklärt, daß sie die Million

an das Rote Kreuz

abführen wolle, aber sie habe den deutschen Standpunkt, daß eine rechtliche Verpflichtung zur Zahlung nicht vorliege, nicht anerkannt. Die deutsche Regierung habe das ihr von privater Seite gemachte Anerbieten gegnüber nicht ablehnen zu dürfen, weil in der damaligen Atmosphäre ein solcher Streitpunkt in den schwebenden Verhandlungen wenig günstig gewesen wäre. Grundätzlich halte die Regierung an ihrem Rechtsstandpunkt fest, aber im Interesse der Gestaltung der Friedensbeziehungen zwischen beiden Staaten habe sie die Million Mark angenommen. Die Erklärung, die er abgegeben habe, beruhe auf amtliche Informationen, die er im Auftrage seiner vorgesetzten Behörde der Pressekonferenz mitgeteilt habe.

Auf eine Erklärung des Vorsitzenden erklärt der Zeuge, daß die Information nicht auf Herrn Erzberger zurückgehe, sondern ihm von den zuständigen Stellen des auswärtigen Amtes und auch nicht vom Reichsfinanzministerium zugegangen sei.

Nach einigen unwesentlichen weiteren Zeugenvernehmungen wurde Reichsfinanzminister Erzberger vernommen. Er erklärt:

Ich habe eine Erklärung weder in der Rationalversammlung, noch an anderer Stelle in dieser Sache abgegeben. Vorsitzender: Der Angeklagte gibt das zu, aber er meint, daß die Erklärung in der Pressekonferenz nur mit Wissen und auf Veranlassung erfolgt sei.

Zeuge Erzberger: Ich befand mich zu jener Zeit gar nicht in Deutschland, sondern hatte einen kurzen Urlaub angeerbeten. Ich habe eine solche Erklärung nicht gemacht, nicht mitgewirkt, keinen Einfluß darauf gehabt und erst später davon erfuhr. Ich habe keine Stellung dazu genommen, da die Sache nicht in mein Dienstfeld fiel. — Darauf erklärt Rechtsanwalt Dr. Karst: Nach dieser Erklärung sei der Angeklagte bereit, eine Erklärung abzugeben, daß er sich geirrt hat und den Vorwurf nicht aufrecht erhalten kann. — Zur Formulierung der Erklärung wird eine kurze Pause gemacht. — Rechtsanwalt Dr. Karst: Die Erklärung geht dahin, daß der Angeklagte auf Grund der Information, die er erhalten, sich in einem Irrtum befunden habe, den Vorwurf der Lüge nicht aufrecht erhalten könne und sein Bedauern ausdrücke. — Vors.: Der Artikel hat aber noch den Vorwurf enthalten, daß der Minister Erzberger es überhaupt mit der Wahrheit nicht genau nehme. Der Eröffnungsbescheid bezieht sich hierauf allerdings, aber der Strafantrag nimmt darauf Bezug.

Angeklagter: Darauf soll sich die Erklärung nicht beziehen. — Erster Staatsanwalt Weichmann: Wir haben den Eröffnungsbescheid nur aus dem Grunde auf den Fall Ranheim beschränkt, weil die jetzige Zeit nicht dazu angetan ist, durch Erhebung zahlreicher Beweise über das Vorleben eines Mannes diesen hier wochenlang festzuhalten. Alle diese Dinge werden auf Grund des Strafantrages, den der Reichsfinanzminister Erzberger gegen den Staatssekretär a. D. Helfferich gestellt hat, eingehend erörtert werden. — Erzberger: Was politischen Gründen muß ich Wert darauf legen, daß das Gericht ein Urteil fällt. — Vorsitzender: Es ist aufgefalle, daß von der doch immerhin ungewöhnlichen Sache der Zahlung der Million durch einen Privatmann dem Herrn Zeugen nichts bekannt gewesen ist. — Zeuge: Die ganze Regelung der Angelegenheit ist während meiner Abwesenheit erfolgt. Vorher war die französische Forderung im engsten Rahmen des Kabinetts beraten worden. Von jener Regelung war dabei keine Rede, sondern nur davon, daß

höfpolitische Gründe

dazu führen müßten, einen Ausgleich mit der französischen Regierung zu finden. Die Regelung selbst und die Zahlung der Summe ist ohne meine Kenntnis erfolgt. — Die Beweisaufnahme wird hierauf geschlossen.

Der Staatsanwalt beantragt 200 Mark Geldstrafe und Publikationsbefugnis.

(Schluß in der Morgenausgabe.)

Industrie und Handel.

Börse.

An der Börse scheint die Auswärtsbewegung zum Stillstand gekommen zu sein. Vieles wurden Abgaben vorgenommen, die zu einer Abmilderung der Tendenz führten. Die Börse war namentlich am Markt der ausgeprochenen Valutapapiere der Fall, wo namentlich Petroliumpapiere niedriger eröffneten. Canada und Kolonialpapiere verkehrten unregelmäßig auf schlechtem Schlussstand. Ueberwiegend schwächer waren Montanwerte mit Ausnahme der Aktien der Wäldergesellschaft. Starke Kursverluste erlitten Fachwerte, vor allem Hölzler Aktien, die 18 Proz. verloren. Schiffahrtswerte gaben mäßig nach. Nahrungspapiere waren überwiegend schwächer. Niedrigere Kurse ergaben auch heimische Anleihen im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Kapitalmarktgeschäft.

Groß-Berlin

Schon wieder Erhöhung der Preistypen.

Der Kohlenverband Groß-Berlin hebt sich gerührt, die Preise für Verleits ab 15. November, dem Tage der Veröffentlichung der diesbezüglichen Verordnung im Reichsanzeiger, für die Stadtbezirke Berlin, Charlottenburg, Neukölln, Schöneberg, Lichterfeld, Wilmersdorf sowie die folgenden Orte der Landkreise Teltow und Niederbarnim, 1. im Gebiet des Kreises Niederbarnim: Buchholz, Reichsdorf, Heinersdorf, Hohenbuch, Hohenbuch, Niederbarnim, Oberbarnim, Pantow, Memmendorf, Nauen, Stalau, Ziegel, Weihenitz, Wittenau, Gutbezirke Schönholz, 2. im Gebiet des Kreises Teltow: Grunewald, Scharnberg, Dabem (Gut), Friedenau, Sieglitz, Richterfelde, Heidenau, Pantow, Zempelhof, Mariendorf, Marienfelde, Niederbarnim, Johannisdorf, Ery, Trepant, Grunewald-Hort (Gut) um 30 Pf. pro Zentner zu erhöhen. Der Preis für Verleits für Acker- und Dienbrand beträgt demnach ab 15. November bei Selbstabholung ab Lager 5,65 M. je Zentner, bei Lieferung frei Erdreich oder Keller 6,20 M. je Zentner; für 9 Kettlieferungen an das Kleingewerbe sowie für Zentralsortierung- und Wasserbereitungsanlagen in Acker und Dienbrand ab Lager 6,55 M. je Zentner, bei Lieferung frei Erdreich oder Keller 6,15 M. je Zentner.

Für das Gebiet der Landkreise Niederbarnim und Teltow, mit Ausnahme der oben angeführten Orte, sind die Preistypen für Acker- und Dienbrand und für Lieferungen an das Kleingewerbe sowie für Zentralsortierung- und Wasserbereitungsanlagen in Acker und Dienbrand ab Lager auf 6,40 M. je Zentner, frei Keller auf 5,90 M. je Zentner festgesetzt.

Selbstmord einer Sechzehnjährigen. In der Küche ihrer Wohnung ist aufgefunden, wurde gestern nachmittags die 16 Jahre alte Arbeiterin Lucie G. aus der Pappelallee 34. Sie war an Gasvergiftung gestorben. Nach dem Befund der Ermittlungen liegt wahrscheinlich Selbstmord vor, die Veranlassung ist noch nicht geklärt. Die Leiche wurde beauftragt und nach dem Schauhause gebracht.

Niederbarnim. Aus der Gemeindevorstellung. Nach der Entscheidung einiger geschäftlicher Angelegenheiten entspannt sich eine längere Debatte über die Errichtung einer neuen Rektorstelle. Da man sich nicht darüber einig wurde, wer die Stelle zu vergeben hat, wurde der Punkt zurückgestellt. — Freie Fernmittel wurden für Kinder, deren Eltern ein Einkommen bis zu 6000 M. haben, bewilligt. — Bei Bewilligung eines Darlehens von 2000000 Mark entfiel eine längere Debatte. Wilbrandt (Nat. Rp.) erklärt, die S. V. D. hat nicht genug. Gen. Mittelstadt tritt dem energisch entgegen und verlangt die Zurücknahme der Heizung, da die bis jetzt bewilligten Gelder von allen Parteien bewilligt worden sind. Das Gehalt des Arbeiterrats wurde gegen die Stimmen der Wählerlichen erhöht. — Mit den Stimmen der S. V. D. und U. S. V. wurde ein Antrag, der Kirchengemeinde einen Platz zum Bau einer Kirche zu überlassen, abgelehnt. — Für die Wohlfahrtsfürsorge wurden 15000 M. bewilligt. — Die Schulaula und zwei Klassenzimmer werden der Freireligiösen Gemeinde zur Benutzung freigegeben.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Berlin. Wählerversammlung am 21. Nov.: Kinderkarten A I 1 Liter, A II 1/2 Liter, B I 1/2 Liter, B II 1/2 Liter, C I 1/2 Liter, C II 1/2 Liter, Krankenkarten: 1-Liter-Karten 1 Liter, 1/2-Liter-Karten 1/2 Liter, 1/3-Liter-Karten 1/3 Liter, 1/4-Liter-Karten 1/4 Liter.

Steglich. 20. bis 22. Nov.: An Jugendliche 200 Gramm Reis (45), An Kinder im 1. Lebensjahre 50 Gramm Getreide, 200 Gramm Zwieback (20 K), im 2. Lebensjahre 500 Gramm Getreide, 200 Gramm Zwieback (20 K), im 3. Lebensjahre 500 Gramm Getreide (16 K), im 4. (17 K), 5. (18 K), 6. (18 K) 500 Gramm Getreide. An werdende Mütter 1000 Gramm Reis, 500 Gramm Zwieback (24).

Bildungsveranstaltungen.

Verteilerabend der Angestellten. Bildungsausschuss. Heute abend 7 1/2 Uhr in der Aula des Capitän-Kommodors. Feiern der 15. Vertretung über Sozialversicherungsfragen, Referent Dr. Wilson Goldschmidt, Referent Eduard Bernheim.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Verein sozialdemokratischer Funktionäre. Morgen Freitag, 7 Uhr, im Sitzungssaal des „Hilfswort“, Wilhelm- oder Unterstrasse. Einigung über die nächste Versammlung. Anwesenheit: 1. Per rag des Gen. Luden über „Famulus 1 und 2“ und über die neue und neue Deutschland“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Gäste willkommen.

Gewerkschaftsbewegung

Ein Eingriff in die Koalitionsfreiheit.

Dem Bezirksrat Oberbarnim der Arbeitergemeinschaft Hoff freier Angestelltenverbände ist ein Fragebogen übermittelt worden, den die schaffotische Verwaltung ihren Beamten zur Unterchrift unterbreitet hat.

Der Fragebogen stellt einen so starken Eingriff in die Koalitionsfreiheit der Angestellten dar, daß es sich verlohnt, ihn im Wortlaut hier wiederzugeben:

Die umstehend aufgeführten Beamten sind Angestellte werden ersucht, nachstehende Spalten gewissenhaft auszufüllen und dann in der Magistratur abzugeben.

1. Name.
2. Stand.
3. In welchem Vereine, beruflichen oder wirtschaftlichen sind Sie?

4. Welches ist die Zeitschrift des Verbandes?
5. Welche Ziele verfolgt der Verband?
6. Sind Sie mit den Zielen einverstanden?
7. Beobachten Sie in dem Verbande zu bleiben?

8. Ich erkläre durch meine Unterchrift, keinem anderen als dem angegebenen Verbände anzugehören, ich verpflichte mich, sofern ich in Zukunft die Absicht haben soll, einem anderen Verein anzugehören, dies vorher der Direktion mitzuteilen.

9. Ich erkläre ferner ausdrücklich, keine Forderungen (siehe Anlage), die dahin gehen, sich auf den Boden der Verhandlung mit den Arbeiterorganisationen zu stellen, zu unterstützen und sie als den Beamten entgegenzusetzen zu beurteilen.

10. Ich beantrage hiermit, die größt. Schaffotischen Werke mögen den Vertrag mit den Angestelltenorganisationen (soweit es Gräfin-Johanna-Erdmann betrifft) kündigen, um wieder auf freie Vereinbarungen beruhende Verträge wie früher zu beschließen.

Das Bezirksrat Oberbarnim hat keine Zentralleitung in Berlin erlaubt, in der Reichsarbeitergemeinschaft dagegen Stellung zu nehmen, sich auch gleichzeitig mit der Bitte an die zuständigen Regierungsbehörden gewandt, die schaffotische Verwaltung zur sofortigen Zurücknahme dieses Kundgebens aufzufordern. Eine solche Unberücksichtigung, die Angestellten an der Ausübung ihres Koalitionsrechts zu hindern, müßte mit einer empfindlichen Strafe geahndet werden.

Das Haus der Arbeit.

Die Arbeiterorganisationen in London, und zwar die politischen wie die wirtschaftlichen und unter den letzteren auch die Konsumgenossenschaften, haben sich auf ein Projekt zu einer gemeinsamen Errichtung eines „Houses der Arbeit“ geeinigt. Der Bau, als „Denkmal der Freiheit und des Friedens“ bezeichnet, soll im Westen der Stadt, also in dem aristokratischen Viertel, errichtet werden. Die Befürworter des Projekts wollen einen wirklichen Monumentalbau schaffen. Die sehr hohen Kosten werden zum größten Teil von den Genossenschaften aufgebracht werden. Die englische Gewerkschaftsgesellschaft soll schon die Summe von 5 1/2 Millionen Mark gezahlt haben, und die gleiche Summe wollen die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen aufbringen. Das Projekt sieht in dem zu errichtenden Gebäude neben Läden und genossenschaftlichen Verkaufsstellen u. a. zwei große Besammlungsäle vor, von denen der eine 2000 Personen fassen soll. Ferner sind in dem Gebäude vorgesehen: ein Hotel, ein Klub, ein Café, Bureau für Gewerkschaften und Genossenschaften und eine genossenschaftliche Hochschule, deren Schöpfung auf dem letzten englischen Konsumgenossenschafts-Kongress beschlossen wurde.

Magistrats-Entscheidung. Vom Verband der Fleischer wird und geschrieben: Im Stadtkommissionärsrat ist allen Angestellten seinerzeit eine Teuerungszulage gewährt worden. Zwei vor dem Kriegsdort beschäftigte Fleischergehilfen wurden, nachdem sie nach ihrer Entlassung aus dem Heide wieder eingestellt, bei Einleitung der Teuerungszulage übersehen. Seit fast einem Jahre bemühten sich nun die zwei Fleischer, zu ihrem Rechte zu gelangen. Endlich entschied der Magistrat wie folgt: Die Voraussetzung für die Teuerungszulage kommt jetzt durch die mehrfachen Lohnerhöhungen in Wegfall. Es kann somit die einmalige Teuerungszulage nicht mehr gewährt werden. Die fleischer und doch ungerecht.

M. Porsig. Ähnliche Kollektoren, die in Arbeit getreten sind, haben (schon) am Freitag, den 21. d. M., bei den Reichsfinanzminister über Erteilung von Erlaubnissen abgesehen. Die Vertrauensleute haben am selben Tage um 11 Uhr im Bundestag eine Sitzung. Die gesammelten Karten sind mitzubringen. Die Entscheidung.

Deutscher Buchbinderverband. Freitag, den 21. November, abends 6 1/2 Uhr, in den General-Sitzungen (großer Saal), Kommandantengasse 57/58, in der Besprechung aller in den letzten Monaten...

Buchbinderei-Werkmittelverband. Deutscher Werkmittelverband. Heute Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, Restaurant Bierglocke, Felle-Allee-Str. 108, öffentliche Versammlung aller in Buchbinderei...

Aus aller Welt.

Schwerer Eisenbahnunfall bei Dresden.

Aus Dresden wird gemeldet: Am 18. d. M., mittags, hat sich auf der Schmalpfortlinie Mägeln bei Oshag-Döbeln ein schwerer Eisenbahnunfall ereignet. Der Personenzug 5750 war eben auf Bahnhof Döbeln eingetroffen und zum Halten gekommen...

Polenlokomotivpersonal abgeführt. Infolge der erreichten größten Geschwindigkeit ist es dann in einer scharfen Krümmung, in der zum Unglück eine Brücke liegt, mit der Lokomotive abgeführt, wobei sämtliche Wagen des Zuges, mit Ausnahme von einem, zertrümmert wurden.

Die Entstehung der polnischen Armee.

Interessante Mitteilungen über die Entstehung der großpolnischen Armee finden sich in einer Zeitschrift an den Kurjer Bogdan. Der Beginn der Organisation, der man erst später den Namen Polnische Heeresorganisation im ehemaligen preussischen Teil gab, reicht in das Jahr 1915 zurück.

Erdbeben. Die Wiener Seismographen verzeichneten ein katastrophales Erdbeben, dessen Herz in Kasabrien liegen dürfte.

Ungeheure Typhusepidemie in Sibirien. In Sibirien sind unter den Truppen 40 000 Todesfälle vorgekommen. Täglich werden etwa 1000 neue Fälle gemeldet. Die Epidemie breitet sich jetzt auch unter der Zivilbevölkerung aus und es liegen Anzeichen dafür vor, daß der Typhus ungeheure Ausdehnung erreichen wird.

Australien verbannt. „Times“ meldet aus Sydney, daß die Trockenheit in Australien einen beunruhigenden Umfang angenommen hat. Große Landstrichen haben sich in wasserleere Sanddünen verwandelt.

Veranst. für den Redaktion. Zeit: Alfred Scholz, Reutlinie; für Anzeigen: Theodor Glöck, Berlin; Verlag: Hermann-Brosch & Co., m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Brosch-Verlag und Verlagsanstalt Paul Sinaur u. Co. in Berlin. Einbinder: S.

Berein der Berliner Buchdrucker u. Schriftgießer.

Morgen, Freitag, den 21. November, abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15: Vertrauensmänner-Versammlung. Tagesordnung: Stellungnahme zu der Tagesordnung der Tarifandehrsitzung. Die Vertrauensmänner und Druckereiführer werden ersucht, pünktlich zu erscheinen.

DRACO BERLIN DIE PARFÜMS DER SAISON VENUSTA DRASCOFLOR CLUB Hersteller: Dr. Arthur Schleimer & Co., Berlin W8 Zentrum 4537 Tel.-Adresse: Drascochemie

Stoffe für Herren-Anzüge, Damen-Kostüme. Koch & Seeland G. m. b. H. Gertrandenstr. 20-21.

Dr. Grütering Spezialarzt. Invalidenstraße 35. Ucker Chaussee am Stettiner Bahnhof. 10-1, 4-5-1/2, Sonnt. 11-12.

Schöne Augen. Reichels Konstant Augenarzt. Reichels Konstant Augenarzt. Reichels Konstant Augenarzt.

Juckkrätze. verschwindet in wenig Tagen. Reichels Krätzebalsam.

Raucherdank! einig. gesch. empfi. in einig. Tag. das Rauchganz od. teilw. z. unterlassen.

Schöne Augen. Reichels Konstant Augenarzt. Reichels Konstant Augenarzt.

Ein Freudentag ist der Waschtage mit dem patentierten, vollkommen selbsttätig arbeitenden „Liebig-Dampf-Wasch-Automaten“.

Gebomme. Vertrauensvolle Wäsche. Preis: 10.-

Referenten-Führer von Eduard David. Preis 3 Mark. Aus dem Inhalt: Die wichtigsten Berufsgruppen politischen Wirkens.

Möbel. M. Goldstaub Berlin SW. Belle-Alliancestr. 4. (Hallsches Tor). Gekauete Möbel können bis auf Abruf bei mir lagern.

Karbidlampe „Feuerhand“ beseitigt sofort jede Lichtnot. „Feuerhand“ ist die neueste Konstruktion, einfach, praktisch, und bietet nachstehende Vorteile: 1. Stets gleichmäßiges Brennen. 2. 10stündige Brenndauer. 3. Ausserordentlich leicht zu füllen und zu reinigen. 4. Ein Druck auf den Knopf — und die Lampe ist ausgeöscht! 5. Ausserst sparsamer Karbidverbrauch (Stunde 4 Pfennig!). Karbid stets am Lager.

Verkaufe. Pelzwaren, enorm billig. jedes Stück ein Gelegenheitskauf. Pelzwaren, enorm billig. jedes Stück ein Gelegenheitskauf.

Wohnmöbel. Möbel-Kauf frei preiswert. Möbel-Kauf frei preiswert. Möbel-Kauf frei preiswert.

Musikinstrumente. Violen, besonders billige. Violen, besonders billige. Violen, besonders billige.

Wohnmöbel. Möbel-Kauf frei preiswert. Möbel-Kauf frei preiswert. Möbel-Kauf frei preiswert.

Edelmetalle. Gold- und Silber. Gold- und Silber. Gold- und Silber.

Wohnmöbel. Möbel-Kauf frei preiswert. Möbel-Kauf frei preiswert. Möbel-Kauf frei preiswert.

Wohnmöbel. Möbel-Kauf frei preiswert. Möbel-Kauf frei preiswert. Möbel-Kauf frei preiswert.

Wohnmöbel. Möbel-Kauf frei preiswert. Möbel-Kauf frei preiswert. Möbel-Kauf frei preiswert.

Verkaufe. Pelzwaren, enorm billig. jedes Stück ein Gelegenheitskauf.

Wohnmöbel. Möbel-Kauf frei preiswert. Möbel-Kauf frei preiswert. Möbel-Kauf frei preiswert.

Musikinstrumente. Violen, besonders billige. Violen, besonders billige. Violen, besonders billige.

Wohnmöbel. Möbel-Kauf frei preiswert. Möbel-Kauf frei preiswert. Möbel-Kauf frei preiswert.

Edelmetalle. Gold- und Silber. Gold- und Silber. Gold- und Silber.

Wohnmöbel. Möbel-Kauf frei preiswert. Möbel-Kauf frei preiswert. Möbel-Kauf frei preiswert.

Wohnmöbel. Möbel-Kauf frei preiswert. Möbel-Kauf frei preiswert. Möbel-Kauf frei preiswert.

Wohnmöbel. Möbel-Kauf frei preiswert. Möbel-Kauf frei preiswert. Möbel-Kauf frei preiswert.